

KD'in Heinze ging erläuternd auf die Verwaltungsvorlage ein. Dabei rief sie den Wunsch des Kreisausschusses in Erinnerung, die Arbeit des KI und seine Akzeptanz bei den kreisangehörigen Kommunen nach zweieinhalb bis drei Jahren erneut zu beleuchten. Die Verwaltungsvorlage zeige daher die aktuellen Aufgabenschwerpunkte, die personelle Ausstattung und die Kosten des KI auf. In enger Zusammenarbeit mit den beauftragten Vertretern der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sei ein Votum entwickelt worden, welches anschließend an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gegangen sei. Diese hätten sich Mitte Februar 2017 in ihrer gemeinsamen Kollegenkonferenz mit dem Thema befasst und dem Kreis den einhelligen Wunsch zurück gemeldet, das KI in der bestehenden Form fortzusetzen. Darüber hinaus habe der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 17.03.14 neben der Einrichtung des KI auch eine Evaluation dieser Aufgabe nach spätestens drei Jahren beschlossen, um mit Blick auf eine weitere Finanzierung die Akzeptanz des KI bei den verschiedenen Vernetzungspartnern zu überprüfen. Für eine umfassende, wissenschaftliche Evaluation sei zwar die Zeit zu knapp gewesen, jedoch habe man auf die vom Land NRW gefertigte Evaluation zurückgreifen und darüber hinaus eine eigene Abfrage bei den Kooperationspartnern des KI durchführen können.

Im Anschluss gab VA'e Dinstühler unter Verwendung der als Anlage zur Niederschrift beigefügten Power-Point-Präsentation zunächst einen Überblick über die landesweite wissenschaftliche Begleitung der Kommunalen Integrationszentren und der landesweiten Koordinierungsstelle NRW sowie über die Ergebnisse der Evaluation des kreiseigenen KI's. Es habe sich gezeigt, dass das KI insgesamt sehr gut angenommen werde und überwiegend positive Rückmeldungen erhalte.

Abg. Westig lobte die Arbeit des KI, bat aber die Verwaltung, die Kosten des KI etwas transparenter darzustellen.

Abg. Hurnik befürwortete die Unterstützung und Fortführung des KI. Es zeichne sich ab, dass die Arbeit des KI mit relativ geringen Ausgaben sehr effizient sei und viele Menschen erreichte. Mit Blick auf mögliche Umsetzungsschwierigkeiten bedauerte er, dass sich das Land NRW nicht zum Projekt „KOMM-AN NRW“ geäußert habe.

Abg. Deussen-Dopstadt erinnerte noch einmal an den positiven Meinungswandel bei den kreisangehörigen Kommunen seit Einführung des KI. Sie bekundete im Namen ihrer Fraktion, die Fortführung des KI ebenfalls mitzutragen und erkundigte sich bei VA'e Dinstühler, wie oft und in welchen Gremien sie über das KI berichte.

SkB Droste interessierte sich dafür, warum es im kreiseigenen KI keine Probleme mit einer Personal-Fluktuation gebe. Zudem bat er um Auskunft über die Verbesserungsmöglichkeiten auf Grundlage der Ergebnisse aus der kreisweiten Umfrage bei den Kooperationspartnern und über die Zahl der in der Verwaltungsvorlage angegebenen Beschäftigten des KI.

Abg. Eichner erkundigte sich danach, wie die 30 Prozent der Kooperationspartner zu erklären seien, die in der Umfrage „noch nicht in Anspruch genommen“ angegeben hätten.

SkE Klippel äußerte, dass durch die andauernden Bemühungen des KI sich die Kommunen in der Umsetzung von Integration nun annähernd auf dem gleichen Niveau bei der Integrationsarbeit bewegten.

SkB Ellenberger bat um Auskunft, welche Maßnahmen die Verwaltung treffen würde, um den Erfolg des KI messbar zu machen. Darüber hinaus bat er um Erläuterung, was das KI unter interkultureller Unterrichts- und Schulentwicklung und interkultureller Familienarbeit verstehe.

Auf die vielfältigen Nachfragen der Ausschussmitglieder erklärte VA'e Dinstühler, die vom KI wahrgenommenen Termine aus dem Jahr 2016 seien im Ausschuss bereits vorgestellt worden. Regelmäßig sei das KI bei den Sozialausschüssen der einzelnen Städte und Gemeinden und auch bei den Runden Tischen der Flüchtlingshilfe zu Gast. Daneben unterstütze das KI die Kommunen bei der Ausarbeitung des Integrationskonzeptes und bei interkulturellen Trainings von OGS-Teams oder führe vor Ort Fachveranstaltungen für Lehrkräfte durch. Man versuche, den Wünschen aller Kommunen zur Zusammenarbeit gerecht zu werden, stieße jedoch auch an Grenzen. Die Unterstützung erfolge daher bedarfsgerecht und auf Anforderung aus den Kommunen.

Auch aufgrund des guten Zusammenhaltes des Mitarbeiters und der Mitarbeiterinnen des KI und ihrer großen Freude an der Arbeit gebe es keine Fluktuationsprobleme. Die Gründe dafür, dass es in anderen KI's anders aussehe, vermute sie in der personellen Zusammensetzung der KI's und in der verstärkten Arbeit mit Zeitverträgen.

Nach den Rückläufen der Bewertungen aus der Umfrage habe Frau Dinstühler ab einer Bewertung mit der Schulnote „vier“ und schlechter stets beim jeweiligen Kooperationspartner zurückgefragt, warum die Bewertung so negativ ausgefallen sei, um die Zusammenarbeit zu verbessern.

Hiernach erläuterte KD'in Heinze eingehend den zweiten Teil der Verwaltungsvorlage, der sich mit der Weiterentwicklung der KI's in NRW befasst. Zwischenzeitlich lägen aktuelle Zahlen zu den in der Verwaltungsvorlage dargestellten Szenarien 1 und 2 auf Basis des Haushaltsjahres 2018 vor. Diese würden dem Ausschuss als Anlage zur Niederschrift zur Kenntnis gegeben. Unter Berücksichtigung der Zahlen für 2018 entfielen die Ersparnis bei Szenario 1 und der Kreis müsse statt der Ersparnis i. H. v. 95.000,- € (2017) noch einen Betrag i. H. v. 9.440,- € (2018) zuschießen. Bei Szenario 2 beläufte sich die Ersparnis in 2018 noch auf einen Betrag i. H. v. 49.056,- € statt einer Ersparnis i. H. v. 165.496,- € (2017).

Zur Frage des SkB Ellenberger führte sie aus, die Maßnahmen und Veranstaltungen des KI in den Kommunen dienten grundsätzlich der Unterstützung der Kommunen vor Ort und seien mit jeder anderen Präventionsarbeit vergleichbar. Klassischerweise sei der Erfolg von Präventionsarbeiten nicht in Zahlen messbar. Somit entziehe sich auch der Erfolg der Arbeit des KI einer klassischen Messbarkeit in Zahlen.

Vor dem Hintergrund, dass möglicherweise noch weitere Aufgaben auf das KI zukommen könnten, erkundigte sich Abg. Eichner, warum die Verwaltung und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Szenario 2 mit einer geringeren Personalstärke favorisierten.

KD'in Heinze erläuterte hierzu, dass man sich im Rahmen eingehender Beratungen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie mit den mit Integrationsarbeit befassten Bereichen in der Kreisverwaltung dafür ausgesprochen habe, die Integrationsarbeit in einem überschaubaren Rahmen zu halten. Die personelle Ausstattung innerhalb der Kreisverwaltung sei nicht besonders üppig. Vor diesem Hintergrund sei auch die Ausgewogenheit der personellen Ausstattung innerhalb der Verwaltung zu beachten. Man halte es daher nicht für sinnvoll, einen zudem freiwilligen Bereich innerhalb der Verwaltung personell überproportional gut auszustatten.

Abg. Hurnik schloss sich den Ausführungen von KD'in Heinze an. Hier sei eine Abwägung vorzunehmen, wieviel Personal zur Aufgabenerfüllung notwendig sei.

Anmerkung: Die Kalkulation zu den Kosten des KI für das Haushaltsjahr 2018 sowie die Power-Point-Präsentation zur Evaluation des KI inklusive des Evaluationsbogens sind der Niederschrift als Anlage 2 und 3 beigelegt und können darüber hinaus auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises im Kreistagsinformationssystem aufgerufen werden.